

ausführlichen Bilanz zusammengefaßt hat.

„Die Beweise, daß Gorleben in den Jahren 1976/77 aus rein politischen Gründen als Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum ausgewählt wurde, liegen auf der Hand. Auch daß in den 1990er Jahren Angela Merkel (CDU) als Bundesumweltministerin alles dafür tat zu suggerieren, Gorleben sei erste Wahl, auch wenn ihr Fachbehörden widersprachen“, schließt auch die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) aus den bisherigen Veröffentlichungen. Die BI bemängelt jedoch, daß der Fokus nicht auch auf das Jahr 1983 gerichtet wurde. Nach Abschluß der Tiefbohrungen, die belegten, daß der Salzstock Wasserkontakt hat, regte die damals federführende Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) an, alternativ zu Gorleben auch andere Standorte zu untersuchen. „Aber das politische Bonn intervenierte, um den Entsorgungsnachweis nicht zu gefährden, der unter anderem an Fortschritte bei der Erkundung Gorlebens gekoppelt war“, erinnert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Vergleichende Untersuchungen unter Einschluß Gorlebens hätten damals vor dem Beginn des Abteufens von Schächten noch Sinn gemacht. Die weitere Erkundung in Verbindung mit dem klammheimlichen Ausbau Gorlebens in den 1990er Jahren habe aber die Lügengeschichte um die angebliche Eignungshöflichkeit erst komplett gemacht. „Deshalb verheddern sich die Grünen auch heute politisch, wenn sie einerseits ganz richtig auf Merckels Trickserien verweisen, zugleich aber Gorleben nach 35 Jahren Lug und Trug nicht als Endlager aufzugeben bereit sind“, so Ehmke.

Papierexemplare der Broschüre können kostenlos bestellt werden über das Bundestags-Büro Dorothee Menzner (MdB): dorothee.menzner@bundestag.de, Tel.: 030-

227-73168. Download unter www.nachhaltig-links.de/index.php/gorleben/1236-verfaelscht-versaecomt-verladen-untersuchungsausschuss-die-linke-im-bundestag-legt-ergebnisse-vor

Atommüll-Lagerung

„Altmaier will Gorleben“

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) sieht in den bisherigen Entwürfen des Bundesumweltministers Peter Altmaier (CDU) für ein „Standortsuchgesetz“ eine klare Linie. „Gorleben soll auf Umwegen durchgesetzt werden und die Kontroll- bzw. Klagerechte der Öffentlichkeit werden auf eine „Mitsprache“ zusammengefasst.“ Das gehe aus einem Vergleich der Gesetzentwürfe aus dem Juni und Oktober 2012 hervor. „Wir haben die Gesetzentwürfe unter die Lupe genommen und kommen zu dem Schluß: Altmaier will Gorleben“, so der BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Zentraler neuer Baustein bei der Endlagersuche ist ein „Bundesamt für kerntechnische Sicherheit“. Aus den Entwürfen werde auch klar, woher das Personal und das Fachwissen der neuen Behörde kommen sollen, zum Beispiel aus der alten Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Das Auswahlverfahren falle unter die „Zuständigkeit der [Bundesbehörde/Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe]...“ hieß es im Juni-Entwurf, im Oktober wurde der Hinweis auf die BGR getilgt. Die Rolle des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), das bisher im Auftrag des Bundes mit der Erkundung bzw. Errichtung von Atommülldeponien befaßt war, gehe gegen null. Stattdessen soll in der neuen Bundesbehörde ein „Institut für die Standortauswahl“ errichtet werden. Der Passus lautet: „Das Institut für die Standort-

auswahl (Institut) ist zuständig für die wissenschaftliche Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen, die Festlegung der standortbezogenen Erkundungsprogramme und Prüfkriterien, die übrige Vorbereitung der Standortentscheidung und sorgt für die Unterrichtung und Beteiligung der Öffentlichkeit.“ Diese soll über eine Begleitgruppe, Bürgerdialoge und Konferenzen eingebunden werden. „Ein Veto- oder Klagerecht ist nicht vorgesehen, man darf mitreden, das ist alles“, beklagt Martin Donat, der BI-Vorsitzende.

„Die BGR steht für die Salzlinie und hat die Luftnummer, der Salzstock Gorleben sei eignungshöflich bzw. geeignet, ständig befeuert“, kritisiert die BI. Die BGR arbeite im Rahmen der „vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“ auch an einer Sicherheitsprognose, wie sie im Gesetzentwurf als letzter Schritt vor der Standortentscheidung gefordert wird, ein Sicherheitsnachweis wurde hingegen fallen gelassen.

Im Schulterschuß mit Greenpeace und anderen Akteuren erneuert die BI deshalb die Forderung, daß ein parteiunabhängiger „Zukunftsrat“ und nicht eine weisungsgebundene Behörde, deren Kernpersonal Gorleben favorisiert, den Aufschlag macht, und zwar zur Steuerung und Überwachung der Schritte, wie mit dem Atommüll künftig umgegangen wird. ●

IPPNW/ICBUW-Report:

Die gesundheitlichen Folgen von Uranmunition

Uranwaffen müssen geächtet werden

Die gesundheitlichen Schädigungen durch Uranmunition

für Zivilbevölkerung, Soldaten und Umwelt sind so gravierend, daß sie international geächtet werden muß. Zu diesem Ergebnis kommt der Report „Die gesundheitlichen Folgen von Uranmunition – Die gesellschaftliche Debatte um den Einsatz einer umstrittenen Waffe“ der internationalen Ärzteorganisation IPPNW in Zusammenarbeit mit der International Coalition to Ban Uranium Weapons (ICBUW).

Abgereichertes Uran (engl. Depleted Uranium; DU) entsteht bei der Anreicherung von Kernbrennstoff für Atomkraftwerke und von waffenfähigem Uran für Atombomben. Weltweit nutzen Militär und Rüstungsfirmen Waffen mit Uranmunition, zum Beispiel um Panzer zu zerstören oder Bunker zu sprengen. Unter anderem besitzen die USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland, Griechenland, die Türkei, Israel, Pakistan, Saudi-Arabien und Thailand diese Waffen. Bei der Explosion dieser Munition bildet sich ein Aerosol mit Partikelgrößen im Nano-Bereich. Diese Partikel gelangen durch Einatmen, durch Aufnahme mit dem Wasser oder Nahrungsmitteln, aber auch über Wunden in den menschlichen Körper. Im Blut gelöstes DU wird in wenigen Tagen über die Nieren ausgeschieden, aber im Skelett eingelagerte Uranpartikel liegen dort jahrelang und bestrahlen die umliegenden Zellen mit Alpha-Teilchen. Das verursacht Knochentumore und Leukämie. Eingeatmete Uranpartikel werden in der Lunge abgekapselt oder in regionale Lymphknoten transportiert, wo sie dauerhaft verbleiben und Krebs erzeugen können.

Es gibt inzwischen reichlich Fachliteratur über die schädlichen Wirkungen des Urans. In den Gesundheitsteil dieses Reports haben die Ergebnisse von über 100 wissenschaftlichen Arbeiten Eingang gefunden. Es sind vorwiegend experimentelle Studien an Zell-